
Wachstum und gesellschaftliche Stabilität

Herbert Ostleitner

Die Möglichkeit langfristiger Stabilität eines wachstumsorientierten Systems setzt voraus, daß die Bedingungen für die Realisierung eines positiven Wachstumstrends hergestellt und die destabilisierenden Folgewirkungen des Wachstumsprozesses politisch neutralisiert werden können. *Wachstumsorientierte Systeme* sind dadurch ausgezeichnet, daß das Wachstum einer (oder mehrerer) das System definierenden Variablen für ihren Bestand notwendig ist. Sozialistische »Übergangsgesellschaften« messen ihre Leistungen primär an Mengenindikatoren der Produktion, deren Bedeutung mit der Übernahme marktwirtschaftlicher Elemente in den Planungsprozeß eher steigen als fallen dürfte. Kapitalistische Gesellschaften orientieren sich an der Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes, deren Ablösung durch »Sozialindikatoren« unwahrscheinlich ist, geht doch das BNP-Wachstum — in gewissen Grenzen — mit der privaten Kapitalakkumulation parallel, der zentralen Systemvariable des Kapitalismus, deren direkter Messung theoretische (die Problematik des Kapitalbegriffs), statistische (die Schätzung des Kapitalstocks) und vor allem politische Hindernisse (Widerstand gegen die Veröffentlichung von Vermögensdaten) im Wege stünden.

Im vorliegenden Aufsatz wird der Beitrag wirtschaftlichen Wachstums zur Stabilität kapitalistischer Gesellschaften untersucht. Diese Fragestellung deckt sich keineswegs mit der umfassenderen einer systemtheoretisch konzipierten Krisentheorie; die Zukunft der Wachstumsrate und deren loyalitätsbindender Funktion stellt nur einen engen Aspekt einer solchen Theorie dar. Ökonomistische Krisentheorien, die ausschließlich mit Kategorien der Nationalökonomie bürgerlicher oder marxistischer Provenienz formuliert werden, können heute nicht mehr überzeugen. Eine politisch-ökonomische Krisentheorie, die ein der realen Verflechtung ökonomischer, politischer und normativer Prozesse angemessenes Modell erstellen will,

darf sich nicht auf die Analyse ökonomischer Entwicklungstrends beschränken, sondern muß die Krisenphänomene in den Beziehungen zwischen dem ökonomischen, dem politischen und dem normativen Subsystem aufsuchen. Ihre Fragestellung ist auf die Chancen des Organisationsprinzips »Markt« bezogen, auch in Zukunft marktexterne Steuerungsprinzipien dominieren zu können. Dennoch wird die Untersuchung der Bedingungen, Implikationen und Folgewirkungen der Wachstumstrends des ökonomischen Systems im Mittelpunkt jeder Krisentheorie stehen, deren Objekt wachstumsorientierte Gesellschaftssysteme sind.

Drei Probleme stehen im folgenden zur Diskussion:

1. Liegen ökonomische Theorien der langfristigen Entwicklung vor, die die Wahrscheinlichkeit tendenziell fallender Wachstumsraten überzeugend nachweisen können?

2. Ist »Nullwachstum« über längere Perioden mit der Stabilität kapitalistischer Basisinstitutionen — mit dem Markt als Steuerungsprinzip — vereinbar? (Ist Wachstum eine notwendige Bestandserhaltungsbedingung?)

3. Bleibt die Loyalitätsbindungsfunktion hohen Wirtschaftswachstums konstant, oder lassen sich Anzeichen für eine Schwächung dieser Funktion finden? (Ist Wachstum eine hinreichende Bestandserhaltungsbedingung?)

Daß in der Auseinandersetzung mit diesen Fragen auf einfache ökonomische Modelltheorien, die zum Teil als gut bekannt gelten dürfen, zurückgegriffen wird, läßt sich mit zwei Gründen rechtfertigen: Erstens scheinen die Grundgedanken dieser Theorien außerhalb akademischer Zirkel (im weiteren Sinn) immer noch wenig verbreitet, und zweitens kann aus der Diskussion der in originellen Modellen verkörperten Ideen immer noch mehr gelernt werden als in dem ohnehin früh seine Grenzen erreichenden Bemühen, durch Verfeinerung der Modellbildung eine Übereinstimmung mit der »Wirklichkeit« zu erreichen.

A. Die zukünftige Entwicklung der Wachstumsrate im Kapitalismus

Vergegenwärtigt man sich die Aussagen theoretischer Ökonomen zum Problem der langfristigen Wachstumschancen der kapitalistischen Produktionsweise, so zeigt sich ein erstaunlicher Umstand: jene, die die zukünftige Entwicklung zum zentralen Gegenstand ihrer ökonomischen Theorien machten, stimmten in ihrem Wachstumspessimismus weitgehend überein, mochten sie an der Überwindung oder Erhaltung des Kapitalismus interessiert sein; jene, deren Theorien optimistisch die Überlegenheit dieser Gesellschaftsform gegenüber allen anderen Systemen zu beweisen suchten, enthielten sich langfristiger Prognosen fast gänzlich. Dieser Umstand führte zu der auch heute noch gegebenen paradoxen Konstellation, daß Theorien, die der Rechtfertigung des Kapitalismus dienen, gerade über dessen unerwartete Wachstumserfolge nichts auszusagen vermögen, da sie, als statische Gleichgewichtsmodelle konzipiert, Wachstumsprozessen höchst unangemessen sind. Angesichts der Diskrepanz zwischen der Dynamik der industriellen Entwicklung und der Statik der *Walrasschen* Marktmodelle erscheint *Kregels* Einschätzung des frühen Marginalismus gerechtfertigt:

»The logic may not have been the best, but as a rationalisation of the existing order it was first-rate.«¹

Aus der Vielzahl marxistischer und bürgerlicher Theorien der langfristigen Entwicklung der Wachstumsrate werden im folgenden exemplarisch vier herausgegriffen: das *Marxsche* »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate«, die von *Keynes* inspirierten Stagnationstheorien, die »Grenzen des Wachstums« und die Wachstumstheorie *Kaleckis*.

Gezeigt werden soll,

- a) daß weder marxistische noch bürgerliche Theorien eine langfristige Tendenz fallender Wachstumsraten nachweisen können, politisch-ökonomische Krisentheorien des Kapitalismus demnach keinen Zusammenbruchstrend unterstellen dürfen, der allein ökonomisch begründet wäre und
- b) daß sowohl die Gültigkeit der *Marxschen* Theorie des Profitratenfalls, der keynesianischen Varianten der Stagnationstheorie, aber auch ökonomischer Modelltheorien, die die Möglichkeit langfristig stabilen Wachstums nachzuweisen versuchen, in extremer Weise von der funktionalen Spezifikation einzelner Beziehungen (Produktions- und Konsumfunktionen, technischer Fortschritt) abhängt, ökonomische Modelle somit dort überfordert sind, wo sie insbesondere ohne Analyse der Staatstätigkeit zu langfristigen Krisenprognosen dienen sollen.

Marx und die fallende Profitrate

Daß das Wachstum kapitalistischer Systeme am Fall der Profitrate seine Grenzen finden würde, war eine das theoretische Denken des 19. Jahrhunderts beherrschende Überzeugung, die sich auf reale Entwicklungen stützen konnte.² Die *Ricardosche* Stagnationstheorie erklärte den langfristigen Fall der Profitrate mit dem im Wachstum steigenden Weizenpreis. Mit dem Steigen der Zahl der Beschäftigten sinkt deren Grenzprodukt; da der Lohn der Arbeiter im Durchschnitt gleich dem Existenzminimum ist, muß bei steigendem Weizenpreis die Lohnquote steigen und die Profitrate fallen. Technischer Fortschritt, insbesondere im Agrarsektor, wirkt der Tendenz zur fallenden Profitrate zwar entgegen, kann sie aber nach *Ricardos* Überzeugung nicht beseitigen. Der durch die spezifische Form der Produktionsfunktion für Lohngüter (im einfachsten Fall: Weizen)³ determinierte Wandel in der Struktur relativer Preise führt zu einer Umverteilung des Volkseinkommens zu den Löhnen und der Bodenrente und damit zum Ende des Akkumulationsprozesses, der, unter Berücksichtigung des Risikoaspektes⁴, bereits vor dem Fall der Profitrate auf Null zum Stillstand kommt.

Setzt die *Ricardosche* Begründung der im Akkumulationsprozeß angelegten Stagnationstendenz eine bestimmte Produktionsfunktion für Lohngüter voraus (*Marx*: »Aus der Ökonomie flüchtet er [*Ricardo*] in die organische Chemie.«)⁵, so die *Marxsche* eine bestimmte Art technischen Fortschrittes. Da — im Gegensatz zur Theorie *Ricardos* — das *Marxsche* »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« manchen auch heute vertretenen Staats- und Krisentheorien zugrunde liegt⁶, soll auf dessen Problematik ausführlicher eingegangen werden.

Wirtschaftliches Wachstum geht nach *Marx* mit einer Steigerung der durchschnittlichen »organischen Zusammensetzung« des Kapitals einher, die er als das Verhängnis des Werts des in einer Periode eingesetzten konstanten Kapitals (c) zum Wert des variablen Kapitals (v) definiert, als »Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderung widerspiegelt«.⁷

Wenn — in der *Marxschen* Notation — $p = \frac{m}{c + v}$ (p = Profitrate, m = Mehrwert), so fällt die Profitrate (bei konstanter Mehrwertrate $\frac{v}{m}$)

mit dem Wachstum des konstanten Kapitals. Die von *Marx* eingeführten »entgegenwirkenden Ursachen«: Erhöhung der Mehrwertrate, Herunterdrücken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft, Verringerung des Werts des konstanten Kapitals, Entwicklung arbeitsintensiver Luxusproduktion und Außenhandel könnten den langfristigen Fall der Profitrate und damit den Abbruch des Akkumulationsprozesses nicht verhindern.

Die Diskussion der Gültigkeit des *Marxschen* Gesetzes (in der von den Annahmen konstituierten Modellwelt) hat bis heute zu keiner endgültigen Klärung geführt. *Marx* selbst trug viel zu dieser Verwirrung bei, da er, wie die angeführte Profitratengleichung zeigt, selten exakt zwischen Argumenten, die im Preissystem und solchen, die im Wertsystem gelten sollen, unterschied. Dennoch dürfte der entscheidende Grund dafür, daß einander formal überzeugende Ableitungen gegenüberstehen, die zum Teil die Gültigkeit, zum Teil die Ungültigkeit des »Gesetzes« beweisen, in einer unterschiedlichen Definition der Mehrwertrate zu suchen sein.

Nach der im 1. Band des Kapitals entwickelten Bestimmung der Exploitationsrate (e_1) ist diese gleich

$$e_1 = \frac{\text{unbezahlte Arbeit}}{\text{bezahlte Arbeit}}$$

Es gilt: $e_1 = m' = \frac{m}{v}$, wobei $m' = \text{Mehrwertsrate}$ und $m = \text{Mehrwert}$. Die Profitrate (π) wird nach folgender Gleichung bestimmt:

$$\pi = \frac{m' \cdot v}{c + v}$$

Nimmt man ein gleichgewichtiges Wachstum an (alle Sektoren wachsen mit derselben Rate), so gilt:

$$\pi = e_1 \cdot \frac{1}{k + 1},$$

wobei k die durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet.

Bei konstanter Exploitationsrate (e_1) führt ein Steigen von k — der organischen Zusammensetzung — zum Sinken der Profitrate. k steigt bei jener Form technischen Fortschrittes, die die Kapital-Input-Koeffizienten erhöht und die Arbeits-Input-Koeffizienten senkt, ohne die Wertrelationen zu verändern ($e_1 = \text{const.}$).

Gibt man die Annahme eines so verstandenen »neutralen« technischen Fortschrittes auf, so muß sich das »Gesetz der fallenden Profitrate«, berechnet man alle Größen in Werten, nicht zwingend durchsetzen. Verschiebt der technische Fortschritt die Wertrelationen — wenn er beispielsweise allein im Lohngutsektor auftritt (oder im Lohngutsektor größer ist als im Kapitalgutsektor), so kann die in Werten bestimmte Profitrate trotz steigender organischer Zusammensetzung steigen, da die Exploitationsrate mit dem Fall des Werts des Lohngutes steigt.

Marx selbst bestritt die theoretische Möglichkeit einer solchen unbeschränkten Kompensation durch das Steigen der Exploitationsrate. Die von ihm vorgebrachten — und kürzlich von H. Holländer⁸ zum Beweis des Gesetzes wiederholten — Argumente implizieren aber eine von der im 1. Band des Kapitals gegebenen Definition abweichende Bestimmung der Mehrwert bzw. Exploitationsrate.⁹ Das zentrale Argument *Marxens* lautet: »Soweit die Entwicklung der Produktivkraft den bezahlten Teil der angewandten Arbeit vermindert, steigert sie den Mehrwert, weil seine Rate, soweit sie jedoch die Gesamtmasse der von einem gegebenen Kapital angewandten Arbeit vermindert, vermindert sie den Faktor der Anzahl, womit die Rate des Mehrwerts multipliziert wird, um seine Masse herauszubringen. Zwei Arbeiter, die 12 Stunden täglich arbeiten, können nicht dieselbe Masse Mehrwert liefern wie 24, die jeder nur 2 Stunden arbeiten, selbst wenn sie von der Luft leben könnten und daher gar nicht für sich selbst zu arbeiten hätten. In dieser Beziehung hat also die Kompensation der verringerten Arbeiterzahl durch Steigerung des Exploitationsgrads der Arbeit gewisse nicht überschreitbare Grenzen; sie kann daher den Fall der Profitrate wohl hemmen, aber nicht aufheben.«¹⁰ Marx impliziert hier offensichtlich nicht

$$e_1 = \frac{\text{unbezahlte Arbeit}}{\text{bezahlte Arbeit}},$$

sondern vielmehr

$$e_3 = \frac{\text{unbezahlte Arbeit}}{\text{Gesamtarbeit}}$$

als Definition der Exploitationsrate, eine Größe, die den Wert 1 (= Wert des Produktes eines Arbeitstages) nicht überschreiten kann.

$$\text{Da } e_3 = \frac{m}{v + m} \text{ gilt:}$$

$$\pi = \frac{e_3 (v + m)}{v + c}. \text{ Ist } v = 0, \text{ so } \pi = \frac{w}{c}, \text{ wobei } w = v + m = \text{const.}$$

Die Entwicklung der Profitrate wäre in diesem absurden Fall allein von der Veränderung des Werts des konstanten Kapitals abhängig. Anzunehmen, der technische Fortschritt bedinge ein Steigen dieses Werts¹¹, hieße, sich vom Wachstum der Menge der Kapitalgüter täuschen zu lassen.

Auch der Wert von c wird fallen; die Profitrate kann folglich sogar steigen. Wenn $v > 0$, so genügt ein im Lohngutsektor größerer technischer Fortschritt als im Kapitalgutsektor, um trotz steigender organischer Zusammensetzung ein Steigen der Profitrate zu erlauben.

Das Marxsche »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« kann daher, wie immer die Exploitationsrate definiert wird, nicht allgemein bewiesen werden. Ökonomistische Evolutionstheorien, die blind auf seine Gültigkeit vertrauen, sind wertlos.

Keynes und die Stagnationstheoretiker

Versuchte Marx die Stagnation des Akkumulationsprozesses durch den Fall der Profitrate zu erklären und damit die ökonomischen Vorbedingungen einer Revolution aus den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer marktgesteuerter Akkumulation abzuleiten, so Keynes, die Möglichkeit eines quasi-stationären Kapitalismus aus seiner Theorie der »Grenzeffizienz des Kapitals« zu extrapolieren; im Unterschied zur Profitrate ist die »Grenzeffizienz« eine Erwartungsgröße, die die Einschätzung zukünftiger Erträge einer Investition zum Ausdruck bringt. Im Gegensatz zur marginalistischen Verteilungstheorie, für die »Kapital« ein produktiver Faktor neben anderen (z. B. Arbeit) ist, erklärt Keynes die Einkommen der Kapitalbesitzer durch ihre sozioökonomische Macht. (Für Keynes ist, wie für Marx, Arbeit der einzige produktive Faktor.)¹²

Vermögensbestände bieten nur deshalb die Möglichkeit zu Besitzeinkommen, weil sie *knapp* gehalten werden können. Mit der Knappheit der Kapitalgüter fällt ihre Knappheitsrente und die »Grenzeffizienz« des Kapitals. Dieser Prozeß kann nach Keynes zwar durch ein hohes Niveau des langfristigen Zinssatzes gebremst werden; da ein hohes Zinsniveau aber mit politisch folgenreicher Arbeitslosigkeit verbunden ist, kann (und soll) der Tendenz zur fallenden Grenzeffizienz nicht auf solche Weise entgegengewirkt werden. (Die *Keynessche* Kapitalismusreform zielt ja auf »Euthanasie des Rentiers«.) Während sich die Bodenrente angesichts der Begrenztheit des Bodens kaum senken läßt, hält Keynes eine Akkumulationsrate des Kapitals für durchsetzbar, die zur stetigen Verringerung des Besitzeinkommens aus Kapitalgütern führt: »There are no intrinsic reasons for the scarcity of capital.«¹³ Die Wirtschaftspolitik eines von Keynes inspirierten Staates sollte die Kapitalgüterproduktion solange stimulieren, bis die Grenzeffizienz des Kapitals null wäre.

Verstand Keynes diese Vision als bestandssichere Reform des Kapitalismus, die die Phase des Rentier-Kapitalismus ablösen müsse, so sahen die Stagnationstheoretiker im Anschluß an die *Keynes-Interpretationen Hansens* darin die Basis einer neuen Theorie der Stagnation. *Hansen*¹⁴ wies die *Keynessche* Begründung der Stagnationstheorie in der Sättigung der Konsumbedürfnisse zurück; nicht im Konsum, sondern in technischen und politischen Bestimmungsgrößen der Grenzeffizienz wären die Ursachen für »sinkende Investitionsgelegenheiten« aufzusuchen. Vier Faktoren wären entscheidend:

- a) das abnehmende Tempo des technischen Fortschrittes seit dem Ende des 1. Weltkrieges,
- b) der Trend zu kapitalsparendem technischen Fortschritt,
- c) der rückläufige Trend im Wachstum des Arbeitskräftepotentials,
- d) das Ende der territorialen Expansion des amerikanischen Kapitalismus.¹⁵

Die *Hansensche* Stagnationstheorie wird bei *Baran* und *Sweezy*¹⁶ zu einer Theorie des »anlagesuchenden Surplus«. Ausgehend von einer Reihe von Annahmen bezüglich der Marktformen (Oligopole statt vollständige Konkurrenz) und des strategischen Verhaltens der Konzerne ist für *Baran* und *Sweezy* das »Gesetz des Monopolkapitalismus« die absolute und relative Steigerung des »Surplus« (»the difference between what a society produces and the costs of producing it«)¹⁷, für den keine hinreichend profitablen Investitionsmöglichkeiten bestehen. Der Kapitalismus, wegen der Verwertungsschwierigkeiten des gesellschaftlichen Mehrprodukts, des »anlagesuchenden Surplus«, zu chronischer Stagnation tendierend, könne lediglich durch Verschwendung der Ressourcen überleben, durch Werbung und Staatsausgaben im Interesse des Monopolkapitals. Hängt die Gültigkeit der *Hansenschen* Stagnationstheorie — wie die der *Marxschen* — von Art und Ausmaß des technischen Fortschrittes ab, so die Überzeugungskraft des *Baran-Sweezyschen* Gesetzes des Monopolkapitalismus von der Möglichkeit, krisenhaft wachsenden »anlagesuchenden Surplus« zu identifizieren. Da »anlagesuchender Surplus« niemals als solcher, immer nur als bereits angelegter zu identifizieren ist (falls sich überhaupt eine befriedigende Abgrenzung zwischen Gesamtprodukt und »notwendigen« Produktionskosten finden ließe, was innerhalb der Logik eines Systems kaum zu leisten ist), läßt sich die Stagnationstheorie *Baran-Sweezys* mangels Operationsanalysierbarkeit ihrer zentralen Kategorie zwar nicht widerlegen, aber auch nicht beweisen.

Die »Grenzen des Wachstums«

Mit marxistischen und keynesianischen Varianten der Stagnationstheorie konkurriert neuerdings eine Krisentheorie, die nicht Elemente der Systemmechanik selbst, sondern externe Faktoren — Rohstoffmangel und Umweltzerstörung — zur Erklärung der prognostizierten Wachstumsgrenzen heranzieht. Simulationen der sozialkybernetischen »Weltmodelle« *Forresters* und *Meadows* lassen entweder einen weltweiten Erstickungstod erwarten oder einen weltweiten Hungertod. Aus den zahlreichen Einwänden, die gegen den Aufbau oder die Datenbasis dieser Modelle vorgebracht wurden, soll nur einer hervorgehoben werden, der auf eine den ökonomischen Stagnationstheorien analoge Problematik verweist: Prognosen auf der Basis sozialkybernetischer Modelle sind gegenüber ähnlich plausiblen Annahmen über einzelne Parameter oder Funktionalbeziehungen extrem sensitiv. Die Sensitivitätsanalyse *Nordhaus*'¹⁸ der *Forresterschen* »World Dynamics« und die Analysen einer Gruppe der Universität Sussex¹⁹ zeigen die Abhängigkeit der Ergebnisse von spezifischen Annahmen über Bevölkerungswachstum und technischen Fortschritt. Werden diese nur wenig geändert, produziert das Modell gänzlich andere Resultate.

Kalecki und der stabile Wachstumstrend

Neben der Vielzahl der die Zukunft des kapitalistischen Wachstums pessimistisch beurteilenden Theorien finden sich nur wenige, die die Möglichkeit langfristig positiver Wachstumsraten darlegen. Die neoklassische Wachstumstheorie (*Solow, Swan, Samuelson*), entwickelt als Reaktion auf *Harrods* Theorie des instabilen Wachstums²⁰ und in Auseinandersetzung mit den kapitaltheoretischen Argumenten der Neokynesianer (*Robinson, Kaldor, Pasinetti*), die die immanenten Widersprüche des neoklassischen Kapitalbegriffs aufdeckten, stellt keinen überzeugenden modelltheoretischen Ansatz dar, der langfristige Prognosen realer Wachstumsprozesse anleiten könnte; das erkenntnisleitende Interesse der Neoklassiker war wohl primär Apologie. Die berühmteste optimistische Variante der Wachstumstheorie — optimistisch bezüglich des Wachstums, nicht der Überlebenschancen des Kapitalismus — ist die *Schumpetersche*, die den Kapitalismus »by nature« als »a form or method of economic change« ansah, welcher »not only never is but never can be stationary«.²¹ Für das Verständnis des Phänomens permanent hoher Wachstumsraten kann die *Kaleckische* Wachstumstheorie²² einen theoretischen Bezugsrahmen abgeben, der nicht offene Apologie mit realitätswidrigen Annahmen paart.

Kalecki verbindet die Theorie des Konjunkturzyklus mit der Theorie des Wachstums. Statt beziehungsloser Überlagerung der Theorie des Trends durch die Theorie reiner Konjunkturzyklen will sein Ansatz Wachstum und Konjunktur durch gemeinsame Faktoren erklären. Nach *Kalecki* werden die Investitionen nicht nur von den erwarteten Profiten bestimmt, die über einer »Standardprofitrate« liegen müssen, sondern auch von Größen, die selbst vom Wachstum abhängig sind und sich nur langfristig ändern. Solche Größen sind z. B. der Konsum der Kapitalisten oder deren Bereitschaft, technischen Fortschritt in neuen Anlagen zu realisieren. Geht man nun von einer längeren Periode aus, die mehrere Wachstumszyklen umfaßt, in der, bereinigt von konjunkturellen und anderen Schwankungen, das Volkseinkommen bedeutend zunahm, so liegt die Vermutung nahe, daß die Erfahrung eines derart stabilen Wachstumstrends zu einem geänderten Konsumverhalten und zu einer größeren Bereitschaft führt, technischen Fortschritt durch Neuinvestitionen zu realisieren. Sowohl der semi-autonome Teil des Konsums der Kapitalisten als auch der direkte Einfluß des technischen Fortschritts werden einige Jahre hindurch wachsen, »unless there were some changes in social pattern or in the stream of inventions to upset this tendency.«²³ In der Folge wird die Trendkomponente der Investition steigen, was zu einer weiteren Erhöhung des Wachstums des Volkseinkommens führt. *Wirtschaftswachstum erzeugt nach Kalecki die Voraussetzungen weiteren Wachstums auf höherem Niveau.*

Die skizzenhafte Darlegung einiger Theoreme zum Problem des langfristigen Wachstumstrends in kapitalistischen Wirtschaften mag genügen, die Unzulänglichkeit ökonomischer Krisentheorien anzudeuten, die allein aufgrund ökonomischer Systemmechanik, ohne Beachtung der Staatsaktivitäten, zu Prognosen gelangen wollen. *Theorien, die von der histo-*

risch notwendigen Tendenz fallender Wachstums- und Profitraten überzeugen könnten, liegen nicht vor. Da sich der Inhalt langfristiger Prognosen bezüglich der Annahmen über Technologien beziehungsweise den technischen Fortschritt als äußerst sensitiv erweist, sind ökonomische Modelle durch politische und sozio-kulturelle Aspekte zu erweitern, die die Abhängigkeit der Ergebnisse von der Parameterschätzung und funktionalen Spezifikation ökonomischer Beziehungen verringern.

Da sinkende Wachstumsraten nicht nur Gegenstand ökonomischer Krisenmodelle sind, sondern auch als politische Forderung aufscheinen, werden ihre Implikationen hinsichtlich der Stabilität kapitalistischer Gesellschaften im folgenden Abschnitt untersucht.

B. Implikationen des »Null-Wachstums«

Um die Implikationen der Forderung nach Reduzierung der realen Wachstumsrate auf Null (oder einen kleinen positiven Wert) diskutieren zu können, ist vorerst die Klärung der Frage nötig, welcher allgemeine Zusammenhang zwischen Wachstum und Einkommensverteilung besteht. Denn die von den Vertretern des Wachstumsstops behauptete Möglichkeit, im Rahmen kapitalistischer Basisinstitutionen eine Politik sinkenden Wachstums zu betreiben, setzt zumindest voraus, daß eine der wichtigsten Bestandserhaltungsbedingungen des Systems — die Aufrechterhaltung einer »Standardprofitrate« — mit sinkendem beziehungsweise stillgelegtem Wachstum des Volkseinkommens vereinbar ist. Kann diese Vereinbarkeit ausgeschlossen werden, so auch die Möglichkeit *politisch erzeugten Nullwachstums über längere Perioden*; kurzfristig können Wachstumskrisen zur Disziplinierung der Arbeitnehmer und Durchsetzung von den Investitionsplänen bestimmter Unternehmergruppen entsprechenden Preisrelationen politisch initiiert werden, ohne die Standardprofitrate in Frage zu stellen — die »Ölkrise« lieferte dafür hinreichende Beweise.

Die Investitionen bestimmen die Einkommensverteilung

Der Zusammenhang zwischen Investitionen, Wachstum und Einkommensverteilung kann auf der Basis verschiedenster Theorien diskutiert werden, denen unterschiedliche Sichtweisen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges korrespondieren. Für Überlegungen zur Bestandsrelevanz des Wachstums sind aber Modelltheorien auszuschließen, die eine Welt machtloser Einzelner fingieren — politische Krisen und organisierte Verteilungskämpfe wären darin nur schwer vorstellbar. Die Verteilungskonsequenzen des Nullwachstums sind in einem Rahmen zu analysieren, der den sozio-ökonomischen Machtkonstellationen kapitalistischer Gesellschaften adäquat ist. Sowohl die *Marx'schen* Schemata der »erweiterten Reproduktion« als auch die *Kaldor-Pasinettische* Verteilungstheorie²⁴, die Aspekte des Keynesianismus und der Klassik verbindet, können diesen Rahmen abgeben. Wegen ihrer Einfachheit soll hier die bekannte Theorie *Kaldors* gewählt werden; ohne allerdings ihrer ursprünglichen Intention — die Konstanz der Verteilung zu erklären — gerecht werden zu können.

Geht man von der Aufteilung des Sozialproduktes (Y) in Löhne (W) und Profite (P) aus und bezeichnet die klassenspezifischen Sparneigungen mit s_w und s_p , so gilt:

$$\frac{P}{Y} = \frac{1}{(s_p - s_w)} \cdot \frac{I}{Y} - \frac{s_w}{(s_p - s_w)}$$

Diese Gleichung repräsentiert die zentrale Idee *Keynes'*, daß die Festlegung der Investitionsquote ($\frac{I}{Y}$) (und der Konsum der Unternehmer) die Profitquote ($\frac{P}{Y}$) und damit die funktionale Einkommensverteilung determiniere; daß, sieht man vom Sparen der Lohnempfänger ab, die Unternehmer durch ihre Investitions- und Konsumentscheidung ihren Anteil am Sozialprodukt festlegen: Profite sind nach *Keynes* »a widow's cruse which remains undepleted however much of them may be devoted to riotous living«. ²⁵

Setzt man $s_w = 0$, so wird dieser Zusammenhang noch deutlicher:

$$P = \frac{1}{s_p} \cdot I$$

Nach dieser Gleichung bestimmt allein die Nachfrage der Unternehmer nach Kapitalgütern die reale Verteilung des Sozialproduktes. Bei *Kaldor* dient der Preismechanismus dazu, die Verteilungsrelationen durchzusetzen. Erhöht die Unternehmernachfrage nach Investitionsgütern die Gesamtnachfrage, führt das Steigen des Preisniveaus zum entsprechenden Sinken der Reallöhne und somit zu realer Umverteilung. Dieser Umverteilungsmechanismus funktioniert allerdings nur in jenen Grenzen, die durch die Machtkonstellation der beiden Gruppen gesetzt sind. Versuchten die Unternehmer ihren Profitanteil mittels Erhöhung der Investitionsquote auf ein Ausmaß zu vergrößern, das eine von den Lohnempfängern nicht tolerierte Senkung des Reallohnes nach sich zöge, so wird der Lohnkampf zu Kostensteigerungen führen — die Investitionsquote erreicht die »inflation barrier«. ²⁶ Andererseits läßt sich eine Mindestprofitrate angeben, die die Investitionsneigung begrenzt.

Das in der *Kaldor*-Gleichung symbolisierte Verständnis der Determination der Einkommensverteilung wird irritieren, wer von der Gegenmacht der Gewerkschaften im Verteilungskampf überzeugt ist, bringt diese Gleichung doch deren völlige Machtlosigkeit gegenüber der realen Verteilung zum Ausdruck. Die Aussage dieser Gleichung verlangt nach Differenzierung. Können steigende Nominallöhne die reale Verteilung ändern?

Kalecki hat diese Frage mit folgender Argumentation vereint. ²⁷ Eine allgemeine Lohnsteigerung (AW) führt in einer Mehrsektorenwirtschaft lediglich zu Umverteilungen zwischen branchenspezifischen Profitraten, nicht zwischen Löhnen und Profiten. Teilt man ein Wirtschaftssystem in drei Sektoren [(I) Investitionsgüter, (II) Konsumgüter für Kapitalisten, (III) Lohngüter], so berührt eine Lohnerhöhung (kurzfristig) die Beschäftigung in den Sektoren (I) und (II) nicht; können die Unternehmer die Preise für die Güter (I) und (II) nicht erhöhen, so fallen ihre Profite im

Ausmaß der Erhöhung der Lohnsumme: $\alpha (W_1 + W_2)$. Ist $s_w = 0$, so tritt im Sektor (III) eine Erhöhung der Nachfrage (und der Bruttoprofite) von $\alpha (W_1 + W_2)$ auf. Die Summe der Profite bleibt unverändert. (Die Umverteilung innerhalb der Profitbezieher hängt von der branchenspezifischen Möglichkeit ab, die Preise zu erhöhen. Dieses Modell illustriert die Vermutung, daß die relevanten Umverteilungseffekte der Inflation innerhalb der Gruppen »Gewinnbezieher« beziehungsweise »Lohnempfänger« und nicht zwischen Löhnen und Gewinnen auftreten. Die Inflation vergrößert primär die Streuung der Gewinne!) Soweit die Entscheidungen über die Investitionspläne von der Profitsumme abhängig sind, bleibt auch die Wachstumsrate von der Lohnsteigerung unberührt.²⁸

Daraus folgt, daß gewerkschaftliche Lohnpolitik, solange sie nicht zu einer Änderung der Machtverhältnisse führt und eine Senkung des durchschnittlichen »mark-ups« erzwingt, bei Vollbeschäftigung keine Vergrößerung des realen Anteils je Lohnempfänger erreichen kann. Funktion der Lohnpolitik ist, ein Wachstum der Reallöhne im Ausmaß des Produktivitätswachstums durchzusetzen. Lohnforderungen können somit auch keine Senkung der Investitionsquote bewirken, mögen die Unternehmervvertreter einen solchen Effekt auch noch so oft suggerieren. (In der verkehrten ökonomischen Welt, von der die Reden der Unternehmervvertreter handeln, kontrolliert die gewerkschaftliche Lohnpolitik die Investitionsquote.)

Schränkt die Existenz der Gewerkschaften die Gültigkeit der *Keynes-Kaldor*-Funktion kaum ein, so kann aber aus der Nichtberücksichtigung des Staates ein Einwand gegen diese Theorie erhoben werden, vermag doch vor allem die Fiskalpolitik in den Zusammenhang von Investitionen und Profiten einzugreifen. Beispielsweise zielt die gegenwärtige Wirtschaftspolitik jener Staaten, die sich dem Problem der Stagflation gegenübersehen, auf kurzfristige und unmittelbare, das heißt nicht den Einkommensmultiplikatoreffekt zusätzlicher Investitionen abwartende Steigerung der Profitrate des Industriekapitals, eine Steigerung, die zu Lasten der »mittelständischen« Unternehmer, der verstaatlichten Industrien und der staatlichen Budgets angestrebt wird. Man wird daher in der *Kaldorschen* Verteilungstheorie kein adäquates Modell der kurzfristigen Änderungen in einer empirisch gegebenen Verteilung sehen dürfen, sondern eine Modellierung von Strukturkonstanten, die, neben anderen Elementen, kapitalistische Systeme definieren. So interpretiert, läßt sich das einfache Modell sinnvoll für eine erste Antwort auf die Frage nach den Verteilungseffekten eines längerfristigen Nullwachstums heranziehen.

Nullwachstum = Nullprofite

Im Rahmen der beschriebenen Verteilungsmechanik implizieren sinkende Wachstumsraten als Folge sinkender Investitionen sinkende Profitraten. Vernachlässigt man den Konsum der Kapitalisten ($s_p = 1$) und das Sparen der Lohnempfänger ($s_w = 0$), so sind die beiden bestandsrelevanten Größen *Akkumulationsrate* ($a = \frac{I}{K}$, K = Kapitalstock, wobei $a = g$ = Wachs-

tumsrate des Sozialproduktes bei Konstanz des Kapitalkoeffizienten) und Profitrate (π) gleich groß:

$$a = \frac{I}{K} = \frac{P}{K} = \pi$$

Ein Stillstand des Akkumulationsprozesses führt zu einer Profitrate von Null. Ist die Sparneigung der Kapitalisten kleiner als 1, wird zwar $\pi > a$ und damit die Profitrate positiv trotz einer Akkumulationsrate von Null; angesichts der hohen Sparneigung der Kapitalisten müßte die so erzielte Profitrate kleiner als die Standardprofitrate sein; eine solche Profitrate ist langfristig mit sozialer Stabilität unvereinbar.²⁹ Die Aufrechterhaltung der Standardprofitrate bei Nullwachstum wäre nur dann gewährleistet, wenn entweder eine steigende Staatsverschuldung (gemessen am Gesamtprodukt) oder eine sinkende Lohnquote politisch durchsetzbar sind. Beide Möglichkeiten sind in einer Demokratie mit Parteienkonkurrenz auszuschließen.

Teilt man nicht die der *Keynesschen* Stagnationstheorie zugrunde liegende Auffassung, derzufolge die Unternehmer an eine Profitrate gewöhnt werden könnten, die lediglich ihrem Investitionsrisiko entspricht und die Verfügungsgewalt über Kapitalgüter nicht mehr entlohnt, sondern die realitätsbezogene Sicht Joan Robinsons, daß »profit is desired mainly as a means of accumulating capital, rather than capital being desired mainly as a means of consuming profits«³⁰, so kann die Möglichkeit eines dauerhaft stabilen Kapitalismus mit einer Akkumulationsrate von Null unter demokratischen Bedingungen ausgeschlossen werden. Die Alternative, durch Kapitalexport oder durch permanent hohe Exportüberschüsse bei einer im Inland stagnierenden Akkumulationsrate dennoch »befriedigende« Profitraten zu erzielen, steht erstens nicht allen Staaten zur gleichen Zeit offen und zweitens wohl nur bis zu einem bestimmten durchschnittlichen Entwicklungsniveau der Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung.

Die Forderung nach »Nullwachstum« ist — unabhängig von den Gründen, die für eine Beendigung des Wachstums vorgebracht werden könnten — eine politische Naivität, da deren Durchsetzung

- a) den Akkumulationsprozeß zum Stillstand bringen müßte und somit den Unternehmer in seiner Rolle als auf Akkumulation seines Kapitals orientierter Entscheidungsträger beseitigen würde und
- b) die Profitrate auf ein Niveau sinken ließe, die den organisierten Widerstand der Unternehmer provozierte, oder
- c) die Eliminierung des Markts als Steuerungsprinzip des ökonomischen Systems voraussetzte.

Kein Staat im Kapitalismus könnte ein »Nullwachstum« des ökonomischen Systems politisch durchsetzen. (Diese Feststellung gilt in gleichem Maß gegenüber wachstumsorientierten sozialistischen Systemen.)

Neben den angeführten Gründen, die den Widerspruch zwischen »Nullwachstum« und den Bestandserhaltungsbedingungen: positive Akkumulations- und Profitrate hervorheben, ist ein weiteres Argument zur politischen Unmöglichkeit »Nullwachstum« zu berücksichtigen. Wer die Erhal-

tung der Umwelt auf Kosten des Wachstums befürwortet, dessen Präferenzen stehen gegenwärtig im Widerspruch zu den Präferenzen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die ein begründetes Interesse an der Fortsetzung des Wachstums besitzt. Für deren Präferenzen existiert zumindest ein verlässlicher Indikator: die hohe Inflationsrate, die, nach Streissler, »mangelnde Sättigung signalisiert«.³¹ Denn solange die Inflationsrate nicht auf ihre »Strukturkomponente« abgesunken ist, bringt sie Versuche der Verteilungskorrektur zum Ausdruck, denen Bedürfnisse nach wachsendem Konsum oder Kapitalverfügung zugrunde liegen.

C. Zur Loyalitätsbindung des Wachstums

Zeigen die bisher vorgebrachten Überlegungen, daß weder ein folgenreiches Sinken der Wachstumsraten über eine längere Periode wahrscheinlich noch ein politisch durchgesetzter Wachstumsstop möglich ist, so bleibt die Frage offen, ob nicht Folgewirkungen des Wachstums (einschließlich der Wachstumspolitik) gesellschaftliche Instabilitäten hervorrufen könnten. Nehmen solche Folgewirkungen zu, kann eine sinkende Loyalitätsbindung durch Wachstum erwartet werden. (»Loyalitätsbindung« des Wachstums bezeichnet dessen Beitrag zur Stabilität der kapitalistischen Basisinstitutionen: private Kapitalverfügung, private, gewinnorientierte Preisbildung und freier Arbeitsvertrag. Wachstum — und die verbreitete Erwartung zukünftigen Wachstums — legitimiert den Bestand dieser Institutionen. »Sinkende Loyalitätsbindung« des Wachstums tritt auf, wenn diese Legitimationsleistung entweder direkt oder indirekt, durch Zunahme schwer neutralisierbarer Nebenwirkungen, weniger erfolgreich gelingt.)

Der erste Grund für eine tendenzielle Verringerung der Loyalitätsbindungsfähigkeit des Wachstums liegt im Wandel des Aspirationsniveaus der Lohnempfänger.

Die risikomindernde Funktion staatlich hintangehaltener Depressionen ist offensichtlich, vermindert die Verstetigung des Wachstums doch die Streuung der Erträge. Je geringer die konjunkturellen Schwankungen, desto geringer ist die von den Unternehmern kalkulierte »Risikoprämie« und desto höher die »Grenzeffizienz« des Kapitals. Werden die Ertrags-erwartungen der Unternehmer durch die fiskalpolitische »Verstaatlichung des Mengensystems« weitgehend stabilisiert, die, einem »Sperrklinkeneffekt« vergleichbar, negative Wachstumsraten zu verhindern trachten, so tritt bei den Lohnempfängern ein dazu analoger Effekt auf. Das verminderte Beschäftigungsrisiko führt in Verbindung mit der Erfahrung dauernd positiver Wachstumsraten zu einer Änderung der Aspirationen; nicht mehr die Furcht vor quasi-natürlichen Krisen bestimmt das Bewußtsein der Lohnempfänger, sondern die Erwartung steigender Reallöhne, *die als wirtschaftspolitische Leistung der Regierung interpretiert werden.* Ist diese Uminterpretation des Wachstums, die nicht mehr die Investitionsentscheidungen der Unternehmer (und den Konsumverzicht der Lohnempfänger), sondern die Politik der Regierung als entscheidenden Wachstumsfaktor ansieht, massenhaft verbreitet, so kann die Loyalitätsbindungsfähigkeit

des Wachstums davon nicht unberührt bleiben. Solange große zyklische Schwankungen und ein niedriger Wachstumstrend erwartet werden, zeigen hohe Wachstumsraten über eine längere Periode außerordentliche Wirkung bezüglich der Systemloyalität. Werden hingegen geringe Schwankungen und ein hoher Wachstumstrend erwartet — und wird eine solche Entwicklung als politisch steuerbar angesehen — so verliert das Wachstum im Ausmaß seines Selbstverständlichwerdens an Loyalitätsbindungsfähigkeit.

Ein zweiter Grund für die sinkende Loyalitätsbindungsfähigkeit des Wachstums liegt in den fiskalischen Krisen, die, neben anderen Ursachen, durch den Zwang zur steuerpolitischen Berücksichtigung der privaten Investitionsentscheidung bedingt sind. Auch dieser Grund ist mit Folgewirkungen staatlicher Wachstumspolitik verknüpft. Die in der Wachstumstheorie meist vernachlässigte staatliche Investitionssubventionierung mittels des Steuerrechts stimuliert die Investitionsentscheidungen. Die durch vorzeitige Abschreibung und ökonomisch ähnlich wirkende Regelungen bereitgestellten indirekten Subventionen (begünstigte staatliche Kredite) werden jeden »rationalen« Unternehmer zu höherer Nachfrage nach Investitionsgütern veranlassen, als aufgrund seiner Kapazitätsbedarfsschätzung notwendig. Dies gilt vor allem in den Abschwungsphasen der Konjunktur: die Möglichkeit vorzeitiger Abschreibung dürfte die untere Grenze der Investitionsneigung bestimmen. Wenn sich alle Unternehmer so verhalten, werden auch diese höheren Kapazitäten voll ausgelastet. (Österreichische Unternehmer dürften darüber hinaus Investitionsmittel, die ihnen durch Steuervermeidung zufließen, höher bewerten als Mittel aus anderen Quellen, was zu »hectic scramble for investment goods in every last quarter of the year« zu führen scheint, »when it has become evident that profits were higher than expected.«³²) Wichtiger noch als diese Form indirekter Subventionen ist der wachstumspolitisch motivierte Verzicht auf progressiv steigende Gewinnsteuererträge und steigende Vermögenssteuererträge. Diese Einschränkung der steuerpolitischen Handlungsmöglichkeiten trägt zur Verschärfung der fiskalischen Krise bei, die nur kurzfristig durch inflationsbedingte nominelle Mehreinnahmen unterdrückt werden kann. Wachstumspolitik durch politisch opportune indirekte Subventionen und durch Beschränkung der Gewinn- und Vermögenssteuern geht zu Lasten des Staatsanteils und damit zu Lasten von Infrastruktur- und Wohlfahrtsbudgets. Berücksichtigt das politische System den Wachstumsimperativ des ökonomischen Systems durch zurückhaltende fiskalische Abschöpfung, so gehen ihm dadurch Ressourcen verloren, die es zur Erbringung sozialstaatlicher Leistungen benötigt. Wachstumspolitik wirkt somit gleichzeitig positiv und negativ auf die dem politischen System erwiesene Loyalitätsbereitschaft. Diese ausgabenseitig Instabilitäten erzeugenden Folgewirkungen der Investitionsförderung werden durch einnahmenseitige begleitet, da der Anteil der Lohn- und Umsatzsteuererträge am gesamten Steueraufkommen steigt, der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern fällt.

Drittens vermag auch hohes Wachstum antagonistische Einkommensansprüche nicht problemfrei zu erfüllen, da das Preissystem instabil bleibt.

Daß ein hohes Beschäftigungsniveau und eine hohe Investitionsquote im Rahmen der kapitalistischen Basisinstitutionen »freier Arbeitsvertrag« und »profitorientierte private Preisbildung« mit einem ständig steigenden Preisniveau verbunden ist, war für die keynesianische Theorie von Anfang an Gewißheit, denn: »Wenn man an globaler Mengenstabilität gewinnt, verliert man an globaler Preisstabilität.«³³ Schon das defensive lohnpolitische Ziel der Gewerkschaften, den realen Anteil der Lohnempfänger im Wirtschaftswachstum zu erhalten, ist nur bei steigendem Preisniveau zu erreichen, wenn ein inflationärer Prozeß extern in Gang gesetzt ist. Je nach dem Ausmaß struktureller und Erwartungskomponenten in der Inflationsrate muß sogar mit steigenden Inflationsraten gerechnet werden, die allein durch staatliche Einkommenspolitik oder externe Faktoren (Sinken der Rohstoffpreise) zu stabilisieren wären. Preisinstabilität bei Mengenstabilität darf aber keineswegs als wirtschaftspolitischer trade-off interpretiert werden, als, wie ein naives Verständnis der »Phillips-Kurve« nahelegt, dem wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger zur beliebigen Verfügung stehende Kombinationsmenge von Inflations- und Arbeitslosigkeitsraten.

Erstens ist die Uminterpretation der Mengenstabilität als politisch erzeugte kaum rückgängig zu machen, jedenfalls nicht in einer parlamentarischen Demokratie mit Konkurrenz der Parteien; zweitens lassen sich die auf kontrollierte Rezession zielenden Instrumente nicht so dimensionieren, daß die angestrebte niedrige Rate der Arbeitslosigkeit mit Sicherheit nicht nur erreicht, sondern auch fixiert werden könnte — angesichts oligopolistischer Märkte sind die Mengenreaktionen schwer abschätzbar; jede wirtschaftspolitisch erzeugte Rezession kann eine unvorhersehbare Eigendynamik entfalten; und drittens wird zunehmend ungewiß, in welchem Ausmaß Preis- und Mengensystem noch miteinander verkoppelt sind, ob also Instabilitäten des einen Systems durch politisch erzeugte Instabilitäten im anderen System noch zu beseitigen wären. Stagflationen beweisen die relative Autonomie von Preis- und Mengensystem.

Stabilität des Preisniveaus könnte folglich nicht durch Rezessionen, sondern nur durch institutionelle Neuregelungen hergestellt werden, die die Prinzipien der kapitalistischen Basisinstitutionen verletzen müßten. Die schrittweise Installierung eines staatlichen Preissystems durch staatliche Einkommens- und Preispolitik, Preis- und Lohnkontrollen, erscheint zwar solange als unwahrscheinlich, als sich das reale Wachstum der Einkommen fortsetzt, mag aber in einer Wachstumskrise bei hohen Inflationsraten trotz der zu erwartenden politischen Widerstände unumgänglich sein. »Die Antinomie zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität kann sich wandeln zu einer Antinomie zwischen ablaufpolitischen Zielen und ordnungspolitischen Grundsätzen.«³⁴

Viertens verliert Wachstum an Loyalitätsbindungsfähigkeit, je häufiger die Gebrauchswertorientierung an die Stelle der Tauschwertorientierung tritt.

Die von allen politischen Parteien aufgegriffene Programmformel »Lebensqualität gegen industrielles Wachstum« oder »Lebensqualität gegen Lebensstandard« vermag zwar gegenwärtig gegenüber dem tra-

ditionellen Primat quantitativen Wachstums kaum die entsprechende Politik anzuleiten. Es ist auch ungewiß, ob das problematische Aggregat »Bruttonationalprodukt« als Indikator wirtschaftlichen Fortschritts je durch die Alternative der »Sozialindikatoren« ersetzt wird, liegt doch gerade in den konzeptuellen Mängeln der Kategorie »BNP« (auch Kosten und negative externe Effekte positiv zu gewichten) ihre politische Stärke: kein anderer Indikator kann in einer antagonistischen Gesellschaft mit gleichem Konsens rechnen. Auch scheint die Umwelt-Bewegung ihren ersten Höhepunkt überschritten zu haben — auch öffentliche Güter kennen den »Produktzyklus«. Dennoch wird der einmal in Gang gesetzte Abkehrprozeß von der ausschließlichen Orientierung am steigenden Einkommen zur politisch vermittelten »Lebensqualität« nicht umkehrbar sein, wird man auch bald der antikapitalistischen Struktur der Lebensqualität-Formel gewahr werden. Die Lebensqualität-Debatte, »Anzeichen subkutan herbeigeführter Änderungen oder auch nur Thematisierungen«³⁵, wird zwar in ihren kurzfristigen Auswirkungen meist überschätzt, da das Konfliktpotential strikt gebrauchswertorientierter Politik weit über der heute manifesten Konfliktintensität liegen dürfte, kann aber in ihren langfristigen Wirkungen kaum überschätzt werden, *da sich in ihr eine Entwicklung manifestiert, die zur Schwächung des Steuerungsprinzips »Markt« führen kann.*

Keiner der angeführten Prozesse mag allein ausreichen, die Loyalitätsbindungsfähigkeit des Wachstums folgenreich zu schwächen. Zusammen aber unterstützen sie die Vermutung der sinkenden Loyalitätsbindung, wenn auch, über eine absehbare Periode, der Primat quantitativen Wachstums unzweifelhaft bestehen wird und jede Rezession die Loyalitätsbindungsfähigkeit des Wachstums wieder verstärkt.³⁶ Weit mehr als »subkutane« Thematisierungen wären nötig, um die unvernünftige Orientierung am Wachstum dubios bestimmter Gütermengen durch eine Orientierung an den Lebensbedingungen zu ersetzen.

ANMERKUNGEN

- 1 J. A. Kregel, *The Theory of Economic Growth*, London 1972, S. 22.
- 2 J. M. Gillman, *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, Wien 1969.
- 3 M. Blaug, *Economic Theory in Retrospect*, Homewood 1962.
- 4 D. Ricardo, *Principles of Political Economy and Taxation* 1817, Hardmondsworth 1971, S. 141.
- 5 K. Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, S. 639.
- 6 Eine auf dem Marx'schen Gesetz basierende Staats- und Krisentheorie vertritt z. B. E. Altwater. Siehe dazu: E. Altwater, *Zu einigen Problemen des »Krisenmanagements« in der kapitalistischen Gesellschaft*, in: M. Jänicke (Hrsg.), *Herrschaft und Krise*, Opladen 1973.
- 7 K. Marx, *Das Kapital* (I) (1867), Berlin 1971, S. 640.
- 8 H. Holländer, *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, in: *Mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie*, Nr. 6/1974.
- 9 J. Steindl weist diese Umdefinition im 3. Band des Kapitals nach. J. Steindl, *Karl Marx and the Accumulation of Capital*, in: D. Horowitz (Hrsg.), *Marx and Modern Economics*, New York 1968.
- 10 K. Marx, *Das Kapital* III (1894), Berlin 1971, S. 257 f.
- 11 So bei Holländer, a. a. O., S. 114.
- 12 J. M. Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), London 1967, S. 213 f.
- 13 J. M. Keynes, *The General Theory of Employment*, a. a. O., S. 376.
- 14 A. Hansen, *Full Recovery or Stagnation?* New York 1938.
A. Hansen, *Fiscal Policy and Business Cycles*, New York 1941.
- 15 Eine Diskussion der Hansenschen Stagnationstheorie findet sich bei Ch. Deutschmann, *Der linke Keynesianismus*, Frankfurt 1973, S. 53 ff.
- 16 P. A. Baran, P. M. Sweezy, *Monopoly Capital*, New York 1966.
- 17 P. A. Baran, P. M. Sweezy, a. a. O., S. 23.
- 18 W. D. Nordhaus, *World Dynamics: Measurement Without Data*, *Economic Journal* Vol. 63 (1973).
- 19 Cole, Freeman, Jahoda, Pavitt, *Thinking about the Future. A Critique of the Limits to Growth*, 1973.
- 20 Man kann Argumente für und gegen die Zuordnung der Harrodschen »Dynamischen Theorie« zur Gruppe der Wachstumspessimisten anführen. In seinem »Second Essay in Dynamic Theory« (*Economic Journal* Vol. 50, 1960) nimmt er eine im Vergleich zu früheren Arbeiten optimistische Haltung ein, relativiert sie aber durch den Hinweis auf die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit; die Möglichkeit einer langfristigen Stagnation schließt Harrod nicht aus.
- 21 J. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942.
- 22 Die folgende Darstellung beschreibt die Grundgedanken einer späten Arbeit Kaleckis zum Thema Wachstum und Konjunktur, die er in »Theory of Economic Dynamics« (London 1954) und »Observations on the Theory of Growth« (*Economic Journal* Vol. 52, 1962) entwickelte. M. Kalecki: *Trend and the Business Cycle*, 1968. In: M. Kalecki, *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy*, Cambridge-London 1971.
- 23 M. Kalecki, *Trend and the Business Cycle*, a. a. O., S. 178.
- 24 N. Kaldor, *Alternative Theories of Distribution*, *Review of Economic Studies*, Vol. 23 (1955/56),
L. L. Pasinetti: *Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth*, *Review of Economic Studies*, Vol. 29 (1961/62).
- 25 J. M. Keynes: *A Treatise on Money* (1930), London 1971, S. 125.
- 26 J. Robinson: *The Accumulation of Capital*, London 1969, S. 48 f.
- 27 M. Kalecki: *Class Struggle and Distribution of National Income*, in: M. Kalecki: *Selected Essays*, a. a. O.
- 28 Kalecki und Kaldor unterstellen einen allein technischen bestimmten und konstanten Kapitalkoeffizienten.

- 29 Dieses Ergebnis gilt formal bei ausgeglichener Handelsbilanz und ausgeglichenem Budget. Ferner wird angenommen, daß langfristig positive Nettoinvestitionen mit Nullwachstum unvereinbar sind. (Kurzfristig muß die Gleichsetzung von Nullwachstum und Null-Nettoinvestitionen nicht gelten, sofern z. B. »umweltschonende« Umstrukturierungen vorgenommen werden.)
- 30 J. Robinson, *The Accumulation of Capital*, S. 392.
- 31 E. Streissler, *Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie*. Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge, Zürich 1973, S. 48.
- 32 E. Streissler, *Investment Stimulation and the Hierarchy of Individual Plans*, in: W. Schmitz (Hrsg.): *Convertibility, Multilateralism and Freedom. Essays in Honour of Reinhard Kamitz*, Wien 1972, S. 59 f.
- 33 E. Streissler, *Die schleichende Inflation*, S. 38.
- 34 G. Kucera, *Zur Frage der Antinomie von Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität*. Probevortrag, gehalten am 26. 7. 1974 an der Universität Wien.
Selbst der klassische Vertreter funktionaler Fiskalpolitik, Abba Lerner, betont heute die Unumgänglichkeit der Einkommenspolitik, allerdings nur als Druck auf die Löhne: »Only direct influence on the wage unit by an incomes policy, as a kind of splint on the fractured price mechanism, can restore a free economy working at a satisfactory level of employment.« A. Lerner, *From the Treatise on Money to The General Theory*, *Journal of Economic Literature* 1974.
- 35 J. Habermas, *Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?* Rede aus Anlaß der Verleihung des Hegel-Preises, in: J. Habermas/D. Henrich, *Zwei Reden*, Frankfurt 1974, S. 67.
- 36 Auf diese Wirkung hat Kalecki bereits 1943 in seiner Theorie des politischen Konjunkturzyklus verwiesen. Politisch erzeugte oder verlängerte Rezessionen sollen die Lohnforderungen dämpfen und die Arbeitsproduktivität erhöhen. Zur Selbstverständlichkeit gewordenes Wachstum bei Vollbeschäftigung widerspräche den Interessen der »industrial leaders«.
M. Kalecki, *Political Aspects of Full Employment*, in: *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy*, S. 138 ff.